

05.11.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Nachhaltige Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen

I. Industrie aktiv und nachhaltig gestalten

1. Der Wandel des industriellen Kerns unserer Wirtschaft

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens hat einen starken industriellen Kern. 20% der Wertschöpfung unserer Wirtschaft und rund 20% aller Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen arbeiten in der Industrie das sind etwa 1,3 Mio. Menschen. In den besonders energieintensiven Industrien wie der chemischen Industrie, der Papier- und Glasindustrie oder der Stahlerzeugung und -verarbeitung arbeiten allein über 400.000 Beschäftigte in NRW. Darüber hinaus hängt ein erheblicher Anteil von Arbeitsplätzen im Bereich der Dienstleistungen von Aufträgen und der Wertschöpfung der Industrie ab. 25 % aller in Deutschland tätigen Personen in den unternehmensnahen Diensten arbeiten in NRW.

Die Industrie steht europaweit und besonders in Nordrhein-Westfalen vor einem tiefgreifenden Wandel. Der Klimawandel drängt die Weltgemeinschaft zu mehr Klimaschutz. Die Digitalisierung erfasst immer mehr Bereiche und verändert Prozesse und Wertschöpfungsketten. Globale Handelskonflikte nehmen aufgrund der sehr ungleichen Verteilung von Gewinnen und Lasten der Globalisierung zu. Die demografische Entwicklung in den Industriestaaten verändert die Arbeitsmärkte und Fachkräftebasis auch für die Industrie.

Seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich in Europa an vielen Stellen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Wohlstand dauerhaft mit industrieller Wertschöpfung eng verknüpft ist. Die insgesamt positive Entwicklung in Deutschland seit dem Jahr 2011 wird nicht zuletzt auch auf die leistungsfähige und produktive Industrie zurückgeführt. Gleichwohl haben die Entwicklungen ab 2016 im Zuge des drohenden Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU), der zunehmenden Handelskonflikte zwischen USA einerseits und der EU sowie vor allem China andererseits zu einer erheblichen Verunsicherung der stark exportabhängigen Industrie beigetragen. Die Rekorde beim Leistungsbilanzüberschuss, die nicht zuletzt auf die exportorientierte Industrie zurückzuführen sind, werden hier zum Bumerang. Zudem zeichnen sich sowohl seitens der USA als auch von China aggressive nationale Strategien zur Verteidigung bzw. Erreichung von Technologieführerschaft in modernen Industriebereichen ab. Dies könnte die technologische Spitzenposition der

Datum des Originals: 05.11.2019/Ausgegeben: 06.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

deutschen Industrie untergraben. Dabei werden zunehmend auch Unternehmensübernahmen, strategische Beteiligungen und Technologielösungen mit Blick auf Know-how-Transfer und die Kontrolle über kritische physische und virtuelle Infrastrukturen hinterfragt.

Nicht zuletzt diese Entwicklung hat auch in Deutschland zur Renaissance einer aktiven Industriepolitik geführt. Mit der Vorlage einer „Nationalen Industriestrategie 2030“ hat Bundeswirtschaftsminister Altmaier im Frühjahr 2019 auch in Deutschland eine verstärkte Diskussion um die Ausgestaltung einer aktiven Industriepolitik angestoßen. Die damit verbundenen Vorstöße für einen strategischen öffentlichen Beteiligungsfonds gehen ebenso wie die für eine Reform des EU-Wettbewerbsrechts zur Stärkung hiesiger Schlüsselindustrien in die richtige Richtung. Dabei darf es jedoch nicht nur um Großkonzerne gehen, sondern gerade der höchst innovative und global agierende Mittelstand als Rückgrat der breit aufgestellten deutschen und nordrhein-westfälischen Industrie sollte dabei stärker in den Blick genommen werden. Eine klare Missionsorientierung, für welche gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen welche Technologiefelder durch welche Maßnahmen dabei unterstützt werden sollen, wird in der Strategie nur unzureichend deutlich.

Mit dem auch für Deutschland verbindlichen Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad zu begrenzen, erwächst ein grundlegender Transformationsprozess für die Industrie. Die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, wird ebenso riesige Investitionen erfordern wie enorme Forschungs- und Entwicklungsleistungen und Innovationen sowie große Umstrukturierungen in industriellen Prozessen und Wertschöpfungsketten. Zeitgleich findet mit der Digitalisierung eine ebenfalls grundlegende technologische Umgestaltung statt, die alle Industriebereiche erfasst. Führende deutsche Industrieunternehmen versuchen durch eigene Plattformlösungen die Ausbreitung der amerikanischen Datenplattformen in die Kernbereiche ihrer Technologien abzuwenden. Ob im Maschinenbau, der Automobilindustrie oder anderen Bereichen, überall verändert die Digitalisierung Produktionsprozesse und Produkte. Dies betrifft im Übrigen auch administrative und organisatorische Prozesse und die dort Beschäftigten. Unter dem Stichwort Industrie 4.0 entwickeln auch nordrhein-westfälische Industrieunternehmen Strategien, um die Digitalisierung für besser Kundenlösungen und höhere Produktivität zu nutzen. Vorbildhaft ist hier das regionale Cluster „it's OWL“ zu nennen, in dem Arbeitgeber, Beschäftigte und Wissenschaft an neuen gemeinsamen Lösungen arbeiten.

Unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen dieses Wandels der Industrie in NRW ist die verstärkte Mitbestimmung und Einbeziehung der Beschäftigten. Ob CO₂-neutrale Stahlproduktion, Digitalisierung der Produktion oder neue Logistikketten: ohne das Knowhow und die Akzeptanz in den Belegschaften ist kein erfolgreicher Wandel denkbar. Die Industrie in Deutschland war bislang gerade deswegen international so lange so erfolgreich, weil ihr durch die Mitbestimmung das Zusammenführen von sozialen und technologischen Dimensionen des Wandels gut gelingt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2013 zeigt auf, dass „betriebliche Mitbestimmung insgesamt einen konstruktiven Beitrag zur Innovativität von Unternehmen leistet“ und dass „eine stärkere Betriebsratsbeteiligung mit einem höheren Innovationserfolg einhergeht“. Am 29. Juni 2019 hat die IG Metall daher in Berlin eine Großkundgebung mit 50.000 Teilnehmern organisiert, um deutlich zu machen, dass der beschriebene Transformationsprozess nicht ohne die Beschäftigten funktioniert. Mit einem großen Transformationsatlas hat die IG Metall in der gesamten Republik den Stand beim Umgang mit den Transformation auf der Basis von Daten aus knapp 2 000 Betrieben mit rund 1,7 Millionen Beschäftigten untersucht. Mit ernüchternden Ergebnissen. Knapp die Hälfte der Betriebe haben keine oder keine ausreichende Strategie zur Bewältigung der Transformation. Betriebe und Beschäftigte müssen sich auf neue Qualifikationen und zum Teil auch neue Geschäftsmodelle einstellen. Die dazu notwendige Fähigkeit zur Veränderung ist allerdings

erst in Ansätzen bemerkbar. Wenn sich die Unternehmen weiterhin so defensiv verhalten, setzen sie die Zukunft der Beschäftigten und ihrer Unternehmen aufs Spiel.

2. Transformation sozial und ökologisch ausrichten - Chancen für Nordrhein-Westfalen nutzen statt Märkte entfesseln

Viele Industrieunternehmen in NRW verfügen insbesondere durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über umfassenden Kompetenzen, die durch aktive politische Unterstützung und entsprechende Maßnahmen der Landespolitik für eine aktive Gestaltung des Strukturwandels genutzt werden können. Bislang überwiegen bei den Innovationen in NRW oftmals die Prozess- vor den Produktinnovationen, was zu Rationalisierungen, aber weniger zum Erschließen neuer Wachstumsmärkte führt. Umso wichtiger ist es, die Leitmärkte der Zukunft zu erkennen, darauf sowohl die Forschungspolitik wie auch eine aktiv gestaltende Industriepolitik des Landes auszurichten.

Wir sehen in der Aufgabe, die Dekarbonisierung und Digitalisierung der Industrie voranzubringen, die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres industriellen Kerns. Eine vermehrte Nachfrage nach nachhaltiger Energie auch für die Industrie sollte zukünftig durch NRW gedeckt werden können. In der Wende hin zu nachhaltiger Energie muss sich NRW aktiv als relevanter und mit gestaltendem Akteur einbringen. Einige internationale deutsche Konzerne wie Bosch und thyssenkrupp arbeiten bereits an der Umstellung zur klimaneutralen Produktion bzw. Rohstoffgewinnung und signalisieren ihr Interesse und ihre Bereitschaft einer Umstellung. NRW hat hier eine riesige Chance, der Zukunftsmotor zu sein. Die Politik muss diese Chance ergreifen und fördern.

Dafür ist eine strategische Industriepolitik erforderlich, die sowohl Angebot als auch Nachfrage in den Blick nimmt. Wenn man mit Blick auf die derzeitigen Herausforderungen die Angebotsbedingungen positiv gestalten will, hilft es wenig, über Senkungen von Steuern und Abbau von Bürokratie zu reden. Stattdessen muss Angebotspolitik als Investitionspolitik begriffen werden: Die öffentliche Hand muss beispielsweise eine flächendeckende und zukunftsfähige digitale Infrastruktur anbieten. Außerdem gilt es mit risikobereiter staatlicher Grundlagenforschung die Voraussetzungen für wirtschaftliche Innovationen zu schaffen. Gleichzeitig muss der Staat über öffentliche Nachfrage dazu beitragen, nachhaltige Produktivität zu ermöglichen. Ziel der strategischen Nachfrage-Politik muss die Etablierung einer global wettbewerbsfähigen Massenproduktion ökologischer und sozialer Güter sein. Die Förderung etwa der Nachfrage nach Wind- und Photovoltaikanlagen, nach Elektrofahrzeugen oder Produkten zur energetischen Sanierung von Gebäuden, stärkt hiesige Unternehmen in diesem Bereich und sorgt dafür, dass vollständige Wertschöpfungsketten auch in Zukunftsbranchen wie die der erneuerbaren Energien oder der neuen Werkstoffe dauerhaft auch hier vorhanden sind und mit ihnen die entsprechenden Arbeitsplätze. Ein konkretes Beispiel für eine solche öffentlich unterstützte Förderung der Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten und Services ist die Innovation City Bottrop.

Es bedarf außerdem einer gezielten Entwicklung und Förderung von Wertschöpfung, die den Verbrauch von Rohstoffen senkt, bereits genutzte Rohstoffe weiterverwendet und neue nachhaltige Stoffe entwickelt. Dazu ist eine ganzheitliche Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus von Produkten notwendig. Somit wird schon beim Design eines Endproduktes der gesamte Lebenszyklus über die Auswahl der geeigneten Werkstoffe, die eigentliche Herstellung, den Handel, die Nutzung, die Reparatur, das Einsammeln nach abgeschlossener Nutzung und die Weiterverwertung von Produktbestandteilen und Rohstoffen bis hin zur Wiederverwendung in neuen Produkten berücksichtigt. So entsteht eine zirkuläre Wertschöpfung. Diese geht also

deutlich über das Recyclen von Rohstoffen in einer stofflichen Kreislaufwirtschaft hinaus. Dabei ist über den gesamten Zyklus digitale Kommunikation im Sinne der Industrie 4.0 ebenso notwendig wie eine intelligente Logistik.

Um solche Ansätze zum Erfolg zu führen und die Industrie in Nordrhein-Westfalen dementsprechend zu modernisieren, sind eine aktive Landespolitik und das engagierte Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft erforderlich. So kann der Wandel hin zu einer intelligenten Industrie im Interesse der Menschen in NRW gestaltet werden. Ein entfesselter Markt wird diesen Erfolg nicht zeitigen, er ist ohne gesellschaftliche Ziel- und Rahmensetzung blind für die wesentlichen Zukunftsfragen, sondern lediglich den singulären Profit, den Shareholder-Value im Fokus hat.

Das industriepolitische Leitbild der Landesregierung, das im Sommer 2019 vorgelegt wurde, genügt kaum den Erfordernissen. Zwar greift es Themen wie den Klimaschutz und die Digitalisierung als Tatsachen auf. Es fehlt aber eine explizite und systematische Formulierung gesellschaftlicher Zielsetzungen, aus denen konkrete Technologie- und Industriebereiche abgeleitet werden, die es zu fördern und zu entwickeln gilt. Die Rolle der ArbeitnehmerInnen im Prozess der Transformation einer digitalen, ökologisch nachhaltigen Industrie wird stark unterbelichtet. Immerhin wird das erfolgreiche Projekt „Arbeit 2020“ weiterhin unterstützt, ebenso wie die Initiative Arbeit und Wirtschaft 4.0“. Beide Ansätze hatte die SPD-geführte Vorgängerregierung maßgeblich konzipiert und begonnen. Darüber hinaus sind die Ansätze für die Entwicklung regionaler Cluster eher zufällig und ohne systematische Abstimmung untereinander in dem Papier verstreut. Die seitens der EU und der Fachszene eingeforderte „Smart Spezialisierung“ wird hier ignoriert, vielmehr werden die technologischen Modethemen, die in nahezu jeder Region der Bundesrepublik derzeit diskutiert werden, unsystematisch in Spiegelstrichaufzählungen übernommen. Hier besteht umfassender Nachholbedarf. Die Arbeit in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die insbesondere für die Energiewirtschaft einen breiten Konsens für die kommenden 20 Jahre erarbeitet hat, ist hier als Vorbild auch für andere von der Transformation nun erfasste Branchen und Sektoren zu nennen.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- der industrielle Kern unserer NRW-Wirtschaft von hoher Bedeutung für die Entwicklung einer sozialen und nachhaltigen Wirtschaftsweise ist.
- der Trend zur Digitalisierung auch die Industrie erfasst („Industrie 4.0“) hat und neben den Produktionsabläufen auch die Arbeitswelt („Arbeit 4.0“) künftig weiter stark verändern wird. Daraus resultieren hohe Anforderungen an die Politik und die Sozialpartner, diese Veränderungen zu gestalten.
- es aus Gründen der strategischen Sicherung der Rohstoffbasis für die Industrie in NRW sowie des Klimaschutzes verstärkt auf die Förderung einer zirkulären Wertschöpfung ankommt, die deutlich über reines Recycling hinausgeht und die in Verbindung mit der Digitalisierung ein großes Potenzial für wirtschaftliche Dynamik mit sich bringt.
- im Zuge der globalen Entwicklungen wie den Handelsstreitigkeiten aufgrund von Ungleichgewichten im Welthandel, der umkämpften Technologieführerschaft in Zukunftsbranchen und der globalen Herausforderung des Klimaschutzes von zentraler Bedeutung ist, eine aktive gestaltende Industriepolitik unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Anforderungen voranzutreiben, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in NRW zukunftsfest zu machen.
- die Aufwendungen für Weiterbildung und Qualifizierung von Beschäftigten Zukunftsinvestitionen sind und keine konsumtiven Ausgaben. Industrielle Facharbeit mit ihrem Erfah-

rungswissen, ihrer kreativen Problemlösungskompetenz und ihrer sozial integrativen Funktion in der Gesellschaft wird auch im Zuge einer digitalisierten und nachhaltigeren Produktion eine zentrale Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg spielen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- das Industriepolitische Leitbild im Hinblick auf die gezielte Förderung von Nachfrage nach neuen innovativen industriellen Lösungen zu überarbeiten und zu ergänzen
- die industrielle Basis der erneuerbaren Energiewirtschaft in NRW nicht länger durch regulatorische Maßnahmen wie rechtswidrige pauschale 1.500-Meter-Abstandsregeln für die Windkraft auszutrocknen.
- einen systematischen Ansatz für eine regionalisierte Strukturpolitik einschließlich dazu passender Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, der die verschiedenen Industrien in NRW gemeinsam mit den Sozialpartnern entlang der jeweiligen regionalen und branchenspezifischen Stärken weiterzuentwickeln hilft.
- für den Automobil- und den Chemiesektor jeweils eine Initiative zur Bewältigung der anstehende Transformationsleistungen unter Einbeziehung der Sozialpartner zu starten, um nach dem Vorbild der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für mehr Planungssicherheit und klarer Rahmenbedingungen zu sorgen.
- das Vorbild der Innovation City Bottrop auch in weiteren Kommunen für vergleichbare Projekte im Sinne einer gezielten Nachfrageförderung zu nutzen
- einen Transformationsdialog „Neue Industrie für NRW“ unter Einbeziehung der großen und mittelständischen Industrieunternehmen mit Sitz oder Niederlassungen in NRW unter Einbeziehung der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zu initiieren, um mit ihnen ihre Strategien zur Bewältigung der beschriebenen Herausforderungen regelmäßig zu erörtern und so auch zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Industrie beizutragen.
- eine Transformationsberatung für Betriebsräte in betroffenen Branchen zu initiieren und zu finanzieren.
- die Forderung von Bundesminister Altmaier nach einem öffentlichen Beteiligungsfonds zur Sicherung von Industriebetrieben und ihrem technologischen Know-How unter Einbeziehung der Sozialpartner zu unterstützen.
- ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm für die Bewältigung der Transformationsaufgaben auf Bundesebene einzufordern und dafür die nötige Landeskofinanzierung bereitzustellen.
- Die Gewährung von Fördermitteln des Landes NRW konsequent an die Einhaltung von Tarif- und Mitbestimmungsrecht zu knüpfen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Marc Herter
Frank Sundermann

und Fraktion